

„Spritpreise werden weiter steigen“

Grüne Bärbel Höhn fordert Maßnahmen gegen Spekulanten

Berlin. Die stellvertretende Fraktionschefin der Grünen, Bärbel Höhn (Foto: dpa), macht Spekulanten für den hohen Spritpreis mitverantwortlich. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis Autofahrer zwei Euro für den Liter bezahlen müssten, so die Verbraucherexpertin im Gespräch mit SZ-Korrespondent Hagen Strauß.

Frau Höhn, an der Tankstelle jagt ein Preisschock den anderen. Werden die Spritpreise überhaupt noch mal spürbar sinken?

Höhn: Damit ist auf Dauer nicht zu rechnen. Es ist deshalb nicht mehr die Frage ob, sondern wann der Autofahrer zwei Euro pro Liter Sprit zahlen muss.

Wann ist es denn soweit?

Höhn: Die Nachfrage wird immer größer, das Angebot immer geringer, ein Ölpreis von 200 Dollar pro Barrel wird aus Sicht von Experten eher erreicht werden als bisher angenommen. Die Autofahrer tun also gut daran, sich auf weiter steigende Spritpreise einzustellen. Jetzt rächt sich natürlich, dass die Automobilindustrie nicht rechtzeitig auf Sprit

sparende Autos umgestellt hat.

Der hohe Ölpreis hat aber nicht nur etwas mit der Knappheit zu tun.

Höhn: Richtig. 20 bis 30 Prozent des Ölpreises sind Gewinne

von Spekulanten. Der Liter Sprit kostet deshalb mindestens 20 Cent mehr an den Tankstellen.

Was kann man dagegen tun?

Höhn: Wir brauchen mehr Transparenz an den Börsen; wer welche Kaufrechte erworben hat. So können Spekulationsblasen frühzeitig erkannt werden und der ganze Markt rennt nicht blind dem Trend hinterher. Falls das nicht reicht, muss man über Handelsrestriktionen für Spekulanten nachdenken. Auch eine Spekulationssteuer auf Ölgeschäfte ist denkbar. Das lässt sich aber nur international regeln. Die Bundesregierung muss die Entwicklung des Ölpreises

und den Einfluss von Spekulanten zum Thema auf dem G8-Gipfel Anfang Juli in Japan machen.

Wie wäre es mit einer Abschaffung der Ökosteuer? Die Forderung hört man aus der CSU.

Höhn: Das ist scheinheilig, schließlich hat die CSU den Spritpreis selbst durch die Mehrwertsteuererhöhung in die Höhe getrieben. Im Übrigen gefährdet, wer die Ökosteuer abschafft, die Rentenversicherung und provoziert

einen Anstieg der Lohnnebenkosten. Das würde gerade Arbeitnehmer belasten.

Kommt eine Anhebung der Pendlerpauschale für Sie in Frage? Das hat Rot-Grün ja mal wegen hoher Benzin- und Ölkosten gemacht.

Höhn: Richtig wäre es, die Pendlerpauschale wieder ab dem ersten Kilometer zu zahlen. Sie aber hoch zu setzen, ist falsch. Mit einer hohen Pendlerpauschale provoziert man zusätzlichen Verkehr. Da wäre das Geld im Öffentlichen Nahverkehr besser angelegt.